



SP -

MONATS- BLÄTTCHE

Nr. 14 November 2018

Einladung

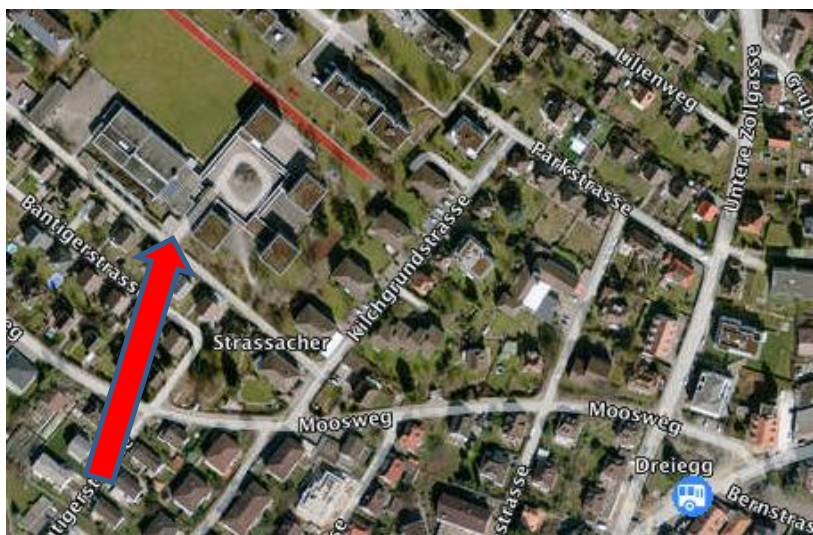
zum „Chlousehöck“ vom

7. Dezember 2018, 18h30-22h00

im Schulhaus Mösli (Kirchgrundstrasse 25)

Es gibt Raclette à discrétion, Getränke, Dessert und Kaffee und zwar alles GRATIS (Allerdings: die gefürchtete rote Kasse für freiwillige Spenden wird natürlich aggressiv dastehen!!).

MIT ZAUBERHAFTEM RAHMENPROGRAMM VON URS ZÜRCHER!



Anmeldung

bis zum 5. Dezember

bei
Pierre Casetti,
Oberdorfstr. 84
3072 Ostermundigen

pcasetti@hotmail.com

Tel. 079 900 83 79

Gigantische Steuerhinterziehung im Kanton Bern

Erwin Roos

Steuerhinterzieher im Kanton Bern haben in den vergangenen 17 Jahren 26 Milliarden Franken bei den Steuerbehörden angemeldet. Massive Steuerhinterziehung entzieht dem Kanton Bern seit Jahrzehnten die dringend benötigten Einnahmen.

Am 21. August 2018 meldete die Zeitung «Der Bund», dass Steuerhinterzieher im Kanton Bern in den vergangenen 17 Jahren 26 Milliarden Franken offengelegt haben. Die Zeitung nennt sie allerdings verniedlichend «Reuige Steuersünder».

(<https://www.derbund.ch/bern/kanton/reuige-steuersuender-brachten-20-millionen-franken-pro-jahr/story/11304999>).

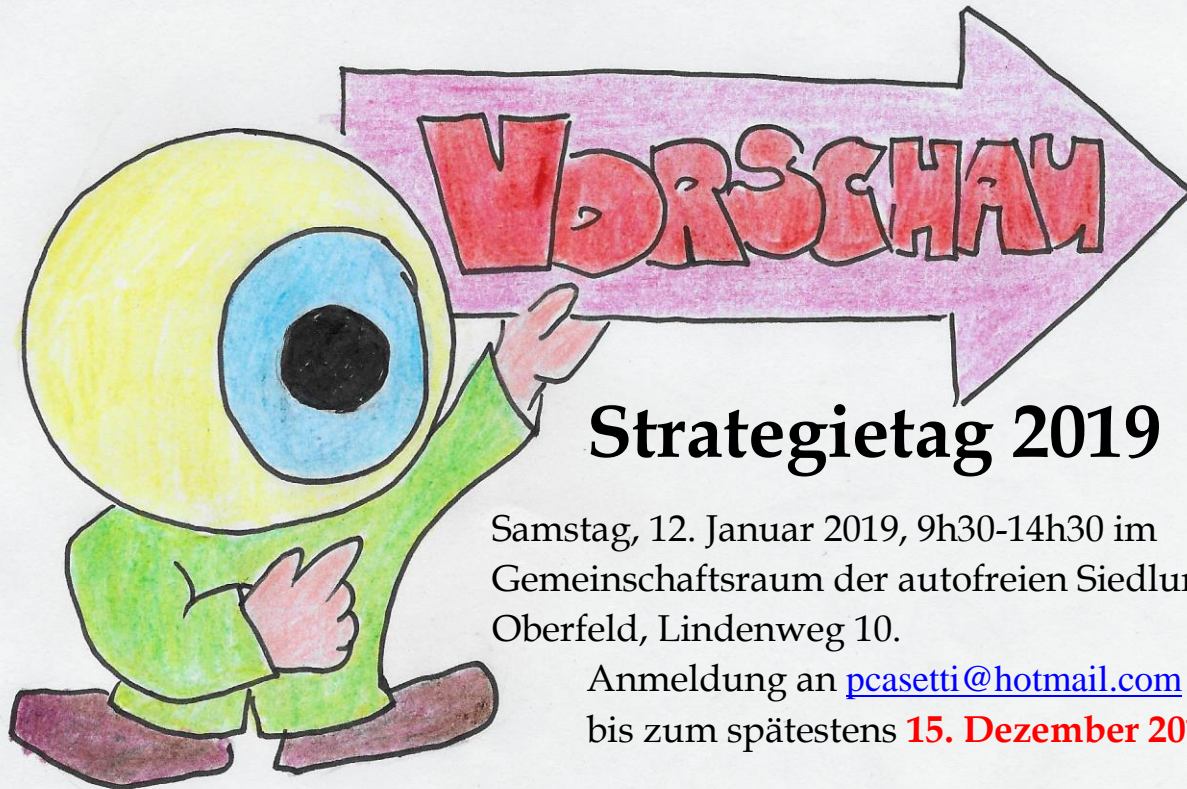
Drei Milliarden sind ab 2010 mit der straflosen Selbstanzeige offengelegt worden (<https://www.derbund.ch/bern/kanton/drei-milliarden-franken-vor-dem-fiskus-versteckt/story/27938063>).

Die SP fordert im Kanton Bern seit Jahren ein konsequentes Vorgehen gegen die Steuerhinterziehung. Die bürgerlichen Parteien blockierten laufend. So werden die Steuerdelinquenten mit Samthandschuhen behandelt. Auch die Einsichtnahme in die Steuerdaten von Personen wurde 2015 gekappt. Warum wohl? Die bürgerlichen Parteien schützen so ihre Klientele und wohl auch ihre Geldgeber.

Dem Kanton entgehen dringend benötigte Einnahmen

Enttäuschend tief sind die aus den Anzeigen resultierenden Einnahmen des Kantons Bern. Jährlich sollen nur rund 20 Mio. Kantons- und Gemeindesteuern anfallen. Das ist sehr bescheiden. Es kann doch davon ausgegangen werden, dass die Vermögen teilweise als Lohn-Einkommen entstanden sind. Oder aus Dividenden, Zinserträgen etc. Die Steuerhinterzieher bezahlen einzig die Vermögenssteuer (sie ist sehr tief) und den Verzugszins sowie die Nachsteuer.

Der Verdacht geht dahin, dass in der Steuerverwaltung zu wenig Personal zur Verfügung steht. So werden die geschätzten 15'000 bis 20'000



Dossiers summarisch behandelt. Dem Kanton entgehen dringend benötigte Einnahmen. Es dürfte sich um Dutzende Millionen pro Jahr handeln.

Es liegt im Interesse der MitbürgerInnen die per Lohnausweis besteuert werden, dass Vermögende endlich gerecht besteuert werden. Die für viele **schmerzhaften kantonalen Abbauprogramme** der vergangenen Jahre wären damit hinfällig geworden.

Forderung der SP nach zusätzlichen «Steuerdetektiven» abgelehnt

Der bürgerlich geprägte Grosse Rat lehnte mehrere Vorstösse von linker Seite ab, die ein stärkeres Engagement gegen Steuerhinterziehung forderten – oder er überwies verbindliche Motionen nur als unverbindlichen Prüfauftrag. Die Forderung nach zusätzlichen Steuerexperten scheiterte mehrmals. Das Gegenteil trat ein: Im Rahmen der Angebots- und Strukturüberprüfung 14 hat die Steuerverwaltung 21 der 763 Vollzeitstellen gestrichen. Im Rahmen der aktuellen Umsetzung einer Planungs-erklärung müssen **weitere 9,5 Stellen aufgehoben werden.**

Die Steuerhinterziehung in der Schweiz

Schweizweit sind in diesem Zeitraum über 60 Milliarden angezeigt worden. Einige Kantone verweigern die Angaben betr. Höhe der offengelegten Vermögen. Angesichts der Entwicklung der letzten Jahre dürfte sich diese Zahl mindestens noch verdoppeln. Die Verantwortlichen für die Finanzen in den Kantonen haben versagt. Die warnenden Hinweise und die unzähligen Vorstösse in den kantonalen Parlamenten wurden nicht beachtet. Die Berechnungen zur Steuerhinterziehung von Margret Kiener Nellen (www.kienernellen.ch, s. Steuerhinterziehung) gehen für 2014 von rund 101 Milliarden nicht deklariertes Vermögen aus. Bei einem Steuersatz von 20 Prozent würde dies für Bund, Kantone und Gemeinden rund 20 Milliarden Einnahmen bedeuten.

Für diese Berechnungen wurde M. Kiener Nellen noch vor Jahren von Exponenten der rechten Parteien kritisiert und belächelt.

Zum Vergleich: 2015 wurden beim Bund total 22,4 Mrd. Mehrwertsteuern (MWST) einbezahlt.

Mit anderen Worten:

Wenn alle in der Schweiz Steuerpflichtigen ihre hinterzogenen Vermögen deklarieren würden, und darauf die Einkommenssteuern zahlen würden, könnte dank dieser Summe gerade die unsoziale Mehrwertsteuer abgeschafft werden.

Oder realistisch: die Steuern für die Mittelschicht könnten gesenkt werden.

Das Bankgeheimnis muss weg

Hinfällig ist das noch geltende „Bankgeheimnis“, das einzig und allein nur die Steuerhinterzieher schützt. Da werden wohl die bürgerlichen Parteien FDP und SVP ihren Widerstand bald aufgeben müssen. Die StimmbürgerInnen könnten den Blockierern bei den nächsten Eidg. Wahlen einen Denkwort verpassen. Das Wahlverhalten der StimmbürgerInnen geht ja bekanntlich auch über das Portemonnaie. Die SP könnte hier mit einer geschickten Kommunikation Wähler aus dem rechts-bürgerlichen Lager abholen.

Sämtliche wirtschaftlich bedeutenden europäischen Länder kennen keine ähnliche Institution wie das bei uns geltende Bankgeheimnis. Mit dem AIA (Automatischer Datenaustausch: Austausch der Steuerdaten) ergibt dies keinen Sinn. Auch für die Schweiz!